

Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am
23.02.2009

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 09:30 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 10:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Detlef Helling

Herr Gerhard Henrichsmeier

Herr Rainer Lux

Herr Detlef Werner

Frau Elke Grünewald

SPD

Frau Brigitte Biermann

Herr Volker Brinkhoff

Herr Hans Hamann

Frau Karin Schrader

Herr Holm Sternbacher

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil

Herr Klaus Rees

BfB

Herr Ralf Schulze

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Bürgernähe

Herr Dr. Harald Wixforth

Nicht anwesend:

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 52. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 10.02.2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 10.02.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3

Anfragen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4

Informationen zum Konjunkturpaket II

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Löseke berichtet, dass aus der inzwischen vorliegenden Modellberechnung des Landes hervorgehe, dass die Stadt Bielefeld in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt rd. 38,9 Mio. € aus dem Konjunkturpaket erhalten. Entsprechend der gesetzlich vorgesehenen Aufteilung entfallen ein Teilbetrag in Höhe von 27,1 Mio. € auf den Bereich Bildung und ein Teilbetrag in Höhe von rd. 11,8 Mio. € auf den Bereich Infrastruktur. Der

durch städtische Dienststellen und freie Träger bereits angemeldete Mittelbedarf übersteige diese Beträge bereits erheblich. Eine erste Übersicht über mögliche Maßnahmen sei am 20.01.2009 im Finanz- und Personalausschuss verteilt worden. Die dort aufgeführten und zahlreiche neue Maßnahmen wurden inzwischen anhand der zur Zeit bekannten Kriterien überprüft.

Weiter führt Herr Löseke aus, dass die praktische Umsetzung des Konjunkturpakets auf Landesebene seines Erachtens nicht vor dem 01.05.2009 erfolgen werde. Da das Gesetz die Vorgabe enthalte, noch in 2009 mindestens 50% der Mittel zu verausgaben, sei in der Angelegenheit insgesamt Eile geboten und eine gute Vorbereitung unerlässlich.

-.-.-

Zu Punkt 5

Informationen über den Stand des Aufstellungsverfahrens (Gesamtergebnisplan, Gesamtfinanzplan, Stellenplan)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Löseke berichtet, dass der am 24.10.2008 auf- und festgestellte Haushaltsplanentwurf für 2009 in der Ergebnisrechnung einen Fehlbetrag in Höhe von 80,9 Mio. € auswies. Insbesondere die Ergebnisse der Steuerschätzung im November 2008 führten dann zu der Einschätzung, dass die im Entwurf ausgewiesenen Ansätze zu korrigieren seien. Da in diesem Zusammenhang nicht auszuschließen war, dass die Stadt Bielefeld wieder in die Haushaltssicherung abrutscht, wurde der Entwurf zwar am 20.11.2008 in den Rat eingebracht, die Fachausschussberatungen wurden jedoch zunächst ausgesetzt. In der Zwischenzeit wurden Maßnahmen zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes entwickelt, die über eine entsprechende Veränderungsliste zum Haushaltsplanentwurf ab Januar in die Fachausschussberatungen einbezogen wurden. Herr Löseke führt weiter aus, dass sich nach den nunmehr abgeschlossenen Beratungen in den Fachausschüssen im Ergebnisplan ein Fehlbetrag in Höhe von rd. 78,8 Mio. € ergebe. Positive Veränderungen hätten sich insbesondere beim Finanzausgleich und durch die Einbeziehung der erwarteten Einnahmen aus der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf der A 2 ergeben. Allein bei der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage betrage der positive Saldo aus Mehreinnahmen und Mehrausgaben rd. 8,8 Mio. €, der u.a. als Deckung für den städtischen Eigenanteil am Konjunkturprogramm und den damit zusammenhängenden Personalmehraufwendungen diene. Positiv sei darüber hinaus die Entwicklung der Fehlbeträge in den Folgejahren. Im Jahre 2010 belaufe sich dieser auf 77,0 Mio. €, 2011 auf 53,0 Mio. € und 2012 auf 32,6 Mio. €. Die Fehlbeträge können durch Inanspruchnahme von Ausgleichs- und Allgemeiner Rücklage ausgeglichen werden, ohne dass die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes entstehe. In diesem Zusammenhang weist Herr Löseke noch darauf hin, dass die Ausgleichsrücklage aufgrund einer Klarstellung der Rechtslage neu berechnet werden konnte und nun mit 206,1 Mio. € in der Eröffnungsbilanz zu berücksichtigen sei. Der ursprüngliche Wert der Ausgleichsrücklage sei rd. 30 Mio. € niedriger

gewesen.

Anschließend erläutert Herr Löseke kurz den aktuellen Stand der Finanzplanung. Diese enthält alle Einzahlungen und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie aus der Finanzierungstätigkeit. Aufgrund zahlreicher Sondersachverhalte, die u. a. aus der Umstellung vom kameralen auf das doppische Rechnungswesen resultieren, sind die in der Finanzplanung ausgewiesenen Auszahlungen höher als die im Ergebnisplan veranschlagten Aufwendungen. Der Fehlbetrag in der Finanzplanung belaufe sich im Jahre 2009 daher auf rd. 99 Mio. €, was einem entsprechend erhöhten Liquiditätsbedarf gleichkomme.

Zum Stellenplan führt Herr Löseke aus, dass der Entwurf 32,3 Mehrstellen für die Kernverwaltung vorsah. Mehrstellen ergaben sich insbesondere in den Bereichen Feuerwehr, Kindertagesstätten und Geschäftsbuchhaltung. Insgesamt 14,1 Stellen konnten dagegen durch Umsetzung des Fluktuationsprogramms sowie aufgrund der tariflichen Arbeitszeiterhöhung eingespart werden. Seit Einbringung des Stellenplanentwurfes konnten in der Kernverwaltung noch weitere 2 Stellen und im Teil 3 des Stelleplanes noch 2,5 Stellen eingespart werden.

Herr Lux dankt Herrn Löseke für den Gesamtüberblick. Im Hinblick auf die für die Umsetzung des Konjunkturpaketes vorgesehenen Personalmehraufwendungen fragt Herr Hamann nach, ob diese ggf. einem eigenen Finanzkreislauf zuzuordnen seien. Herr Löseke erklärt, dass diese Aufwendungen dem Haushalt zuzuordnen seien. Herr Lux bestätigt dieses und führt weiter aus, dass es für die Umsetzung des Konjunkturprogramms vereinfachende Regelungen gebe, wonach zum Beispiel kein Nachtragshaushalt erforderlich sei. Um eine zügige Umsetzung sicherzustellen, sei vielmehr eine Abwicklung im Rahmen von über- und außerplanmäßigen Ausgaben vorgesehen.

-.-.-

Zu Punkt 6

Haushalts- und Stellenplan Dezernat Oberbürgermeister

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Oberbürgermeister David verweist auf die Empfehlungen des Migrationsrates vom 14.01.2009, die eine Finanzierung des Projektes „FRATZ“ mit 22.496 € sowie einen zusätzlichen Projektfördertopf für Integrationsarbeit in Höhe von 25.000 € vorsehen. Er erklärt, dass seines Erachtens zunächst die Umsetzung des Bielefelder Integrationskonzeptes im Vordergrund stehen müsse. Darüber hinaus gehende Maßnahmen könne er zur Zeit nicht unterstützen. Die Finanzierung des Projektes „FRATZ“ würde eine freiwillige Ausweitung der Leistungsverträge bedeuten. Die Verwaltung schlage daher vor, über eine entsprechende Förderung erst im Rahmen der generellen Neuverhandlung der Leistungsverträge zu entscheiden. Ähnliches gelte für eine Aufstockung der Projektfördermittel. Hierüber könne erst auf Basis eines umgesetzten Integrationskonzeptes entschieden werden.

Beschluss:

Der lfd. Nr. 1 – 30 und Nr. 33 - 35 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2009 (Ergebnisplan) wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Den Veränderungen des Stellenplanes des Dezernates Oberbürgermeister wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Die Beschlussfassung zur lfd. Nr. 31 und 32 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung wird zurückgestellt.

-:-:-

Zu Punkt 7

Haushalts- und Stellenplan Dezernat 2 und Bezirke

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Auf die Nachfrage von Herrn Rees, ob die für den Medienentwicklungsplan erneut bereitgestellten Mittel in Höhe von rd. 1,2 Mio. € im Jahre 2009 tatsächlich verausgabt werden können, erklärt Herr Dr. Pohle, dass er davon ausgehe. Zu den Einsparungen im Jahre 2008 sei es gekommen, weil die Umsetzung der Maßnahmen und damit der Mittelabfluss nicht wie geplant verlaufen seien. Die Verzögerungen würden von den Schulen bereits gerügt und die weitere Abwicklung werde daher zügig vorangetrieben. Herr Hamann erklärt, dass ihn diese Antwort nicht zufrieden stelle. Die Refinanzierung des Medienentwicklungsplanes erfolge über die Bildungspauschale. Bei den ebenfalls aus der Bildungspauschale finanzierten Schulbausanierungsmaßnahmen habe man Kürzungen hinnehmen müssen. Er plädiere daher dafür, die eventuell nicht für den Medienentwicklungsplan verausgabten Mittel für die Schulbausanierung einzusetzen. Außerdem wünsche er noch im ersten Halbjahr einen Bericht der Verwaltung über den aktuellen Stand der Umsetzung des Medienentwicklungsplanes. Angesprochen auf den Mittelbedarf für das Projekt „Wege durch das Land“ erklärt Herr Dr. Pohle, dass seines Erachtens eine Entscheidung getroffen werden könne, da die offenen Fragen geklärt seien.

Im Rahmen der Beratung des Stellenplanes hinterfragt Herr Geil die in mehreren Dezernaten vorkommende Höhergruppierung einer Referentenstelle. Hierzu führt Herr Grinblats aus, dass alle Stäbe seit 2008 über eine vergleichbare Konfiguration (1 Assistentkraft, 1 persönlicher Referent, 2 Controller) verfügen. Abweichungen könne es bei den großen Stäben aufgrund der besonderen Aufgabensituation geben. Eine vergleichende Betrachtung mit der Referententätigkeit im Büro des Oberbür-

germeisters habe eine Anpassung der Stellenbewertung auf A 14 erforderlich gemacht. Dieses Ergebnis sei im Rahmen der analytischen Dienstpostenbewertung bestätigt worden. Auf die Nachfrage von Herrn Rees, aus welchem Grund die Leiterstelle in der Musik- und Kunstschule abgewertet wurde, erklärt Herr Grinblats, dass die Bewertung der Stelle tarifrechtlich von der Schülerzahl abhängig sei. Da diese rückläufig sei, habe man die neu zu besetzende Stelle bereits mit dem niedrigeren Wert ausgeschrieben. Auf eine Nachfrage von Frau Schmidt, welchen Hintergrund die beiden Stelleneinsparungen in der Stadtbibliothek haben, teilt Herr Grinblats mit, dass es sich hierbei um die Umsetzung der Fluktuationsvorgabe handele, die mit dem Leiter der Bibliothek abgestimmt sei.

Zum Stellenplan allgemein merkt Frau Biermann an, dass sie sich zukünftig übersichtlichere Unterlagen wünsche. Sie rege daher an, die Darstellungsform zu überprüfen und möglichst nur noch eine Veränderungsliste zu erstellen.

Beschluss:

Der lfd. Nr. 49 – 66, Nr. 68 – 73, Nr. 75 – 80 und Nr. 82 - 86 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2009 (Ergebnisplan) wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Den Veränderungen des Stellenplanes des Dezernates 2 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Die Beschlussfassung zur lfd. Nr. 67, 74 und 81 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung wird zurückgestellt.

Zu Punkt 8

Haushalts- und Stellenplan Dezernat 3

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Beschluss:

Der lfd. Nr. 87 – 134 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2009 (Ergebnisplan) wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Den Veränderungen des Stellenplanes des Dezernates 3 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8.1

Wirtschaftsplan des Umweltbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6105/2004-2009

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Wirtschaftsplan 2009 des UWB in Anlage 1 A (Gesamt-Erfolgsplan UWB), 1 A 1 (Sparten-Erfolgsplan), 1 B (Vermögens- und Finanzplan), 1 D mittelfristige Erfolgsplanung und 1 C (Stellenübersicht) zu beschließen.

Im Wirtschaftsjahr 2009 erfolgt eine vorzeitige Gewinnabführung in Höhe von 5.576 TEUR jeweils anteilig zum 30.09.2009 und 30.11.2009.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2009 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 30 Mio. EUR festgesetzt.

Im Wirtschaftsjahr 2009 sind Umschuldungen in Höhe von 21,7 Mio. EUR vorgesehen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

Haushalts- und Stellenplan Dezernat 4

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beschluss:

Der lfd. Nr. 135 – 171 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2009 (Ergebnisplan) wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Den Veränderungen des Stellenplanes des Dezernates 4 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9.1

Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebes für das Wirtschaftsjahr 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6109/2004-2009

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt wie folgt zu beschließen:

- **Der beigefügte Entwurf des Wirtschaftsplans 2009 des Immobilienservicebetriebes (ISB) wird beschlossen.**
- **In der mittelfristigen Erfolgs- und Finanzplanung ist ab 2010 die vorzeitige Gewinnabführung von 1 Mio. € vorgesehen.**
- **Der Aufnahme von Kassenkrediten bis zu einer Höhe von 15 Mio. € wird zugestimmt.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Haushalts- und Stellenplan Dezernat 5

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Beschluss:

Der lfd. Nr. 172 – 178 und Nr. 180 – 189 und Nr. 193 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2009 (Ergebnisplan) wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Den Veränderungen des Stellenplanes des Dezernates 5 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Die Beschlussfassung zur lfd. Nr. 179 und 190 - 192 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung wird zurückgestellt.

-.-.-

Zu Punkt 11

Haushalts- und Stellenplan Dezernat 1

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Löseke erklärt, dass – bedingt durch den Wechsel des Rechnungsstils – nunmehr auch Positionen zu betrachten seien, die im kameralen Haushalt keine Rolle gespielt haben. Er benennt dazu einige Beispiele und erläutert deren Bezug zur Eröffnungsbilanz. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den Zuführungen und Entnahmen zu bzw. aus den Pensionsrückstellungen zu, die in einem komplizierten Berechnungsverfahren unter Berücksichtigung des Personalbestandes, der Alters- und Besoldungsstruktur sowie tariflicher Entwicklungen ermittelt werden. Herr Löseke führt weiter aus, dass bislang eine Berechnung zum Stichtag 31.12.2006 zugrunde gelegt worden sei. Inzwischen liege jedoch eine aktuelle Betrachtung zum 31.12.2008 vor, wonach sich der bisher ausgewiesene Bestand bilanzieller Rückstellungen um rd. 6,3 Mio. € verringere und sich die rechnerisch vorzunehmenden Zuführungen um rd. 5,1 Mio. € erhöhen. Weitere Informationen ergeben sich aus einer zu diesem Tagesordnungspunkt verteilten Unterlage, die diesem Protokoll als **Anlage 1** nochmals beigefügt ist.

Zur laufenden Nummer 43 (Personalaufwand Konjunkturpaket II) der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung fragt Herr Rees nach, inwieweit die Zuordnung der Personalaufwendungen zu den Jahren 2009 und 2010 sowie deren Höhe realistisch seien. Er erwarte hinsichtlich der tatsächlichen Kassenwirksamkeit eine Verschiebung in das Jahr 2011. Herr Löseke erläutert, dass unter der laufenden Nummer 48 der Veränderungsliste zunächst der zu erwartende Eigenanteil der Stadt Bielefeld für das Konjunkturpaket dargestellt worden sei. Aufgrund des vorliegenden Gesetzesentwurfs der Landesregierung sei allerdings davon auszugehen, dass der kommunale Eigenanteil in Höhe von 12,5% zunächst vom Land getragen und von den Kommunen ab dem Jahr 2012 über 10 Jahre hinweg über eine Reduzierung der Investitionspauschale erstattet werde.

Von daher seien die veranschlagten Beträge als Absicherung dieser künftigen Rückzahlungsverpflichtung zu verstehen.

In Bezug auf den erwarteten personellen Mehraufwand weist Herr Löseke darauf hin, dass in den kommenden zwei Jahren ein Investitionsvolumen von rd. 39 Mio. € zu verbauen sei. Auch wenn davon auszugehen sei, dass Teilbeträge über freie Träger verausgabt würden, so sei doch zu erwarten, dass die von der Stadt umzusetzenden Investitionsmaßnahmen nur mit einem aufgestockten Personalbestand zu bewerkstelligen seien. Eine Abfrage in den betroffenen Fachdezernaten habe ergeben, dass maximal ca. 34,5 Mehrstellen erforderlich seien. Dieser Bedarf sei vom Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen im Vorfeld geprüft worden. Inwieweit die zu erwartenden Mehraufwendungen tatsächlich zu gleichen Teilen in 2009 und 2010 anfallen würden, sei in der Tat fraglich, da mit einer konkreten Umsetzung wohl nicht vor dem 01.05.2009 zu rechnen sei.

Beschluss:

Der lfd. Nr. 36 – 42 und Nr. 44 – 47 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2009 (Ergebnisplan) wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Die Beschlussfassung zur lfd. Nr. 43 und 48 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung sowie die Entscheidung über den Stellenplan des Dezernates 1 werden zurückgestellt.

-.-.-

Zu Punkt 11.1

Haushaltsplan 2009 ff; Veränderungsliste zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6335/2004-2009

Der Beschluss über die Drucksachen-Nr. 6335 wird bis zu den Beratungen am 24.02.2009 zurückgestellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11.2

Wirtschaftsplan 2009 des IBB mit Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6189/2004-2009

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat den Wirtschaftsplan 2009 wie folgt zu beschließen:

Gem. § 4 b EigVO wird dem Wirtschaftsplan des IBB für das Geschäftsjahr 2009 zugestimmt.

Es werden festgestellt

- a) der Erfolgsplan mit einem Gewinn von 45.000 €**
- b) der Vermögensplan in Einnahmen und Ausgaben von 6.448.000 €**
- c) die Stellenübersicht**
- d) Der IBB wird ermächtigt, im Wirtschaftsjahr 2009 Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 2,0 Mio. € aufzunehmen**

Die 5-jährige Ergebnis- und Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12

Bedeutung der Eröffnungsbilanz der Stadt Bielefeld im Hinblick auf den NKF-Haushalt 2009 und vorliegende aktuelle Erkenntnisse

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6526/2004-2009

Herr Berens erklärt zunächst die wesentlichen Positionen der vorliegenden vereinfachten Eröffnungsbilanz. Er weist darauf hin, dass noch nicht alle Positionen endgültig bestimmt seien. Maßgebliche Beziehungen zum Haushalt haben die in der Bilanz ausgewiesene Ausgleichsrücklage sowie die Allgemeine Rücklage. Außerdem könne man aus der Bilanz die Vermögens- und Schuldensituation der Stadt ablesen. Vorläufigen Charakter habe die Bilanz deshalb, weil die Folgeinventur zum 31.12.2008 sowie die unter TOP 11 beschriebenen Veränderungen bei den Pensionsrückstellungen noch nicht eingeflossen seien. Außerdem sei der Stand der Forderungen zum 31.12.2008 noch nicht abschließend ermittelt. Weiter handle es sich bei der Bewertung der Beteiligungen zur Zeit noch um eine vorläufige Einschätzung, der für die großen Gesellschaften jedoch der Entwurf eines externen Gutachtens zugrunde liege. Trotz einiger Variablen biete dieser Bilanzentwurf jedoch schon einen guten Überblick über die maßgeblichen Komponenten. Auf eine Nachfrage von Herrn Rees zu den Verbindlichkeiten führt Herr Berens aus, dass darin sowohl – stichtagsbezogen – die kurzfristigen (Kassenkredite) und lang-

fristigen Verbindlichkeiten enthalten seien. Die Verbindlichkeiten der Sondervermögen würden über die Eigenkapitalspiegelbildmethode in die kommunale Bilanz einfließen. Herr Rees stellt fest, dass bei Beschluss der vorliegenden Haushaltsplandaten die Ausgleichrücklage bereits im Jahre 2011 verbraucht und die Allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werde. Darüber hinaus interessiere ihn die Zusammensetzung der aktuell ausgewiesenen Verbindlichkeiten sowie eine Aussage zur zukünftigen Entwicklung der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Herr Berens teilt daraufhin mit, dass in der Position kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 248 Mio. €, langfristige Verbindlichkeiten von rd. 51 Mio. € und ein Sondersachverhalt von 10 Mio. € enthalten seien. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten würden sich wiederum wie folgt aufschlüsseln:

• Äußere Kassenkredite	=	177,5 Mio. €
• Innere Kassenkredite	=	11,4 Mio. €
• Kassenkredite Betriebe	=	39,7 Mio. €
• Kassenkredite Kliniken	=	19,3 Mio. €

Bezüglich der Liquiditätsentwicklung sei festzustellen, dass der Liquiditätsbedarf im Jahre 2009 mit aktuell rd. 95 Mio. € höher sei als der in der Ergebnisplanung ausgewiesene Fehlbetrag. Dies beruhe im Wesentlichen aus Effekten, die dem Wechsel des Rechnungsstils geschuldet seien. Für die Folgejahre verringere sich der Bedarf an liquiden Mitteln auf rd. 45,3 Mio. € in 2010, 42,5 Mio. € in 2011 und rd. 17,4 Mio. € in 2012.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationen zur Bedeutung der Eröffnungsbilanz der Stadt Bielefeld im Hinblick auf den NKF-Haushalt zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 13

Ergebnisse der Beratungen am Vortag und Entscheidung über zurückgestellte Positionen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Berens erläutert kurz die Beratungsergebnisse vom Vortag und verweist auf die als Tischvorlage verteilte Übersicht zum aktuellen Stand der Ergebnisplanung. Er erklärt, dass neben den am Vortag zurückgestellten Positionen in der Ergebnisplanung auch noch über Veränderungen in der Finanzplanung zu entscheiden sei. Sowohl die zurückgestellten Entscheidungen als auch die Veränderungsliste zur Finanzplanung liegen zur heutigen Sitzung als Tischvorlage vor (vgl. **auch Anlagen 2 und 3** zu diesem Protokoll).

Beschluss:

Den lfd. Nummern 1 – 21 der Veränderungsliste zur Finanzplanung wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu den in der gestrigen Sitzung zurückgestellten Positionen ergehen – soweit sie nicht von den vorliegenden Anträgen berührt werden - folgende

Beschlüsse:

Die Erhöhung des Ansatzes für „Kooperative Förderung von Verbänden / Vereinen / Institutionen“ um 22.496 € (Ifd. Nr. 31 der Veränderungsliste) wird abgelehnt.

- einstimmig beschlossen -

Die Erhöhung des Ansatzes für „Projekte 170.1“ um 25.000 € (Ifd. Nr. 32 der Veränderungsliste) wird abgelehnt.

- einstimmig beschlossen -

Die Erhöhung des Ansatzes für „Zuschüsse an freie Träger (Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Bielefeld für Schulkramkiste)“ um 45.000 € (Ifd. Nr. 74 der Veränderungsliste) wird abgelehnt.

- einstimmig beschlossen -

Die Erhöhung des Ansatzes für das Projekt „Wege durch das Land“ um 3.571,43 € in 2009 und jeweils 10.000 € in den Folgejahren (Ifd. Nr. 81 der Veränderungsliste) wird abgelehnt.

- einstimmig beschlossen -

Die Erhöhung der Ansätze für „Zuschüsse an freie Träger“ um 20.625 € (Ifd. Nr. 179 der Veränderungsliste), um 6.500 € (Ifd. Nr. 191 der Veränderungsliste) bzw. um 69.730 € (Ifd. Nr. 192 der Veränderungsliste) wird abgelehnt.

- einstimmig beschlossen -

Zur Drucksachen-Nr. 6335 fasst der Finanz- und Personalausschuss folgenden

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012 mit folgenden Veränderungen zu beschließen:

1. Die Haushaltsansätze für die Gewerbesteuer und die Gewerbesteuerumlagen (Produktgruppe 11.16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft) werden für den Planungszeitraum wie folgt festgesetzt (Maßnahmen 1 – 3 der als Anlage beigefügten Veränderungsliste):

Gewerbesteuer:

2009 = 199.000.000 € (statt 202.000.000 €)
2010 = 205.000.000 € (statt 201.000.000 €)
2011 = 211.000.000 € (statt 201.500.000 €)
2012 = 219.000.000 € (statt 224.000.000 €)

Gewerbesteuerumlage:

2009 = 14.639.080 € (statt 14.859.770 €)
2010 = 16.494.253 € (statt 16.172.414 €)
2011 = 16.977.011 € (statt 16.212.644 €)
2012 = 17.620.690 € (statt 18.022.989 €)

Beteiligung Fonds Deutsche Einheit:

2009 = 16.011.494 € (statt 16.252.874 €)
2010 = 16.022.989 € (statt 15.710.345 €)
2011 = 16.491.954 € (statt 15.749.492 €)
2012 = 17.117.241 € (statt 17.508.046 €)

2. Der Haushaltsansatz für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Produktgruppe 11.16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft) wird für den Planungszeitraum wie folgt festgesetzt (Maßnahme 11 der als Anlage beigefügten Veränderungsliste):

2009 = 110.800.000 € (statt 112.750.000 €)
2010 = 117.669.600 € (statt 119.650.000 €)
2011 = 125.318.124 € (statt 127.350.000 €)
2012 = 132.711.893 € (statt 134.750.000 €)

3. Die Haushaltsansätze für die Ansätze des Finanzausgleichs (Produktgruppe 11.16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft) werden für den Planungszeitraum wie folgt festgesetzt (Maßnahme 7 der als Anlage beigefügten Veränderungsliste) :

Schlüsselzuweisungen:

2009 – 2012 = jeweils 105.905.501 (statt 102.899.370 €)

Investitionspauschale:

2009 – 2012 = jeweils 7.495.760 € (statt 7.175.022 €)

Schulpauschale:

2009 – 2012: jeweils 11.144.858 € (statt 10.035.759 €)

4. Der Haushaltsansatz für die Landschaftsumlage (Produktgruppe 11.16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft) wird für den Planungszeitraum wie folgt festgesetzt (Maßnahme 7 der als Anlage beigefügten Veränderungsliste):

2009 – 2012 = jeweils 68.818.006 € (statt 68.850.000 €)

5. Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.08 – Personalmanagement - wird gegenüber dem Entwurf um den Betrag von 0,5 Mio. € bei den ordentlichen Aufwendungen (Personalaufwendungen) reduziert (Maßnahme 8 der als Anlage beigefügten Veränderungsliste).
6. Die durch den Wechsel des Mobilfunkanbieters und der Kostenentwicklung bei der TK-Anlage entstehenden Einsparungen in Höhe von 100.000 € sind in allen betroffenen Produktgruppen umzusetzen (Maßnahme 9 der als Anlage beigefügten Veränderungsliste).
7. Auf Antrag von Herrn Rees wird die Zeile 13 (Freibad Gaderbaum) aus der Liste gestrichen.

- einstimmig beschlossen -

Zum Stellenplan des Dezernates 1 ergeht folgender

Beschluss:

Den Veränderungen des Stellenplanes des Dezernates 1 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Die Positionen mit den lfd. Nummern 38, 43, 48, 67 und 190 sind inhaltlich von den vorliegenden Fraktionsanträgen betroffen. Die Beschlussfassung zu diesen Punkten erfolgt daher unter TOP 13.1.

-.-.-

Zu Punkt 13.1

Beratung und Beschlussfassung der eingehenden Fraktionsanträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Lux stellt fest, dass zu diesem Tagesordnungspunkt zwei Anträge vorliegen. Zum einen gebe es einen gemeinsamen Antrag der vier Ratsfraktionen (vgl. **Anlage 4** zum Protokoll) sowie einen Antrag der Ratsgruppe „Die Linke“ (vgl. **Anlage 5** zum Protokoll).

Herr Werner, Herr Sternbacher und Herr Rees begründen zunächst den Vorschlag, den für die Umsetzung des Konjunkturpaketes II vorgesehenen Personalaufwand zeitlich bis in das Jahr 2011 zu strecken und insgesamt um 200.000 € zu reduzieren (lfd. Nr. 1 des Antrages). Insgesamt sei zwar nachvollziehbar, dass die Umsetzung des Konjunkturpaketes nur mit zusätzlichem Fachpersonal erfolgen könne, gleichzeitig sei es

aber wichtig, dass Personalaufstockungen nur im unbedingt notwendigen Rahmen erfolgen würden. Der gewünschten vierteljährlichen Berichterstattung komme daher eine große Bedeutung zu. Außerdem sei zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar, welche Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden könnten. Hinsichtlich der zeitlichen Abwicklung könne man aufgrund der bekannten Rahmenbedingungen davon ausgehen, dass diese bis in das Jahr 2011 hineinreichen werde. Von daher sei es folgerichtig, auch noch im Jahre 2011 Personalaufwand zu veranschlagen. Herr Lux betont abschließend, dass es sich bei den vorgesehenen Stellen lediglich um befristete Stellen handele. Die textliche Ergänzung bei der Position „Eigenanteil Konjunkturpaket II“, wonach diese als eine zweckgebundene Rückstellung für die ausfallende Investitionspauschale anzusehen sei, diene lediglich der Klarstellung (Ifd. Nr. 2 des Antrages). Zur Ifd. Nr. 3 des gemeinsamen Antrages verliest Herr Berens zur näheren Erläuterung des Ansatzes folgende Stellungnahme von Herrn Dr. Pohle:

„Zu den übermittelten Fragen aus den FiPA-Beratungen nehmen wir wie folgt Stellung:

Bei dem in Zeile 67 der Veränderungsliste genannten „Ansatz neu“ von 2.965.010 Euro „Investitionskostenzuschuss an den IBB“ handelt es sich

- 1) um den neuen Ansatz für 2009 gem. Investitionsprogramm für die Neubeschaffungen des Jahres 2009 in Höhe von 1.725.540 Euro. Die Neubeschaffungen sind in den Jahresinvestitionsgesprächen in Okt./Nov. 2008 mit den Schulen abgestimmt worden. Die europaweite Ausschreibung läuft zurzeit (Submission am 21.03.2009) und der konkrete Mittelbedarf richtet sich nach dem Ausschreibungsergebnis. Nur wenn der Preisverfall der letzten Jahre auch bei der Beschaffungsrunde 2009 weiter anhält, wird der Ansatz evtl. nicht ausgeschöpft und Reste sind möglich. Derzeit ist die Marktsituation bzw. das Ausschreibungsergebnis aber noch nicht verlässlich zu beurteilen.*
- 2) einen Rest aus 2008 in Höhe von 1.239.470 Euro. Dieser Betrag wird benötigt, um dem IBB die Beschaffungen des Jahres 2008 zu bezahlen. Die Geräte stehen bereits seit Ende 2008 in den Schulen, konnten aber in 2008 nicht mehr mit dem IBB abgerechnet werden, der dafür in Vorleistung getreten ist. In der Beschaffungsrunde 2008 war ein Lieferant ausgefallen, so dass eine erhebliche Zeitverzögerung bei Geräteauslieferung und Rechnungsstellung durch den Ersatz-Lieferanten eintrat.“*

Anschließend erläutert Herr Rees den unter der Ifd. Nr. 4 des gemeinsamen Antrages geltend gemachten Mittelbedarf von 1.000 € für den Mädchentreff. Danach habe der Mädchentreff bei der „Aktion Mensch“ einen Projektzuschuss für die Prävention von Essstörungen beantragt. Voraussetzung für eine Zuschussgewährung sei ein relativ geringer Eigenanteil, dessen Höhe jedoch noch nicht feststehe. Um die Fördervoraussetzungen zu schaffen, sei die Veranschlagung eines Eigenanteils in Höhe von zunächst 1.000 € erforderlich.

Zur zusätzlichen Mittelbereitstellung für den Kauf und die Sanierung von Gewerbebrachen (Ifd. Nr. 5 des Antrages) führt Herr Lux aus, dass es sich hierbei um eine Maßnahme handele, die zu 80 % vom Land refinan-

ziert werde. Vorgesehen sei ein Ausgabevolumen von 5,0 Mio. €; die Landesförderung betrage demnach 4,0 Mio. € und der städtische Eigenanteil belaufe sich auf die beantragten 1,0 Mio. €.

Zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und BfB ergeht folgender

Beschluss:

1. **Die Ansätze unter der lfd. Nr. 43 der Veränderungsliste (NKF-Sachkonto 50110000: Personalaufwand Konjunkturpaket II) wird wie folgt verändert:**

Ansatz 2009: 1,0 Mio. €

Ansatz 2010: 1,7 Mio. € (davon 0,7 Mio. € mit Sperrvermerk; Freigabe durch

Finanz- und Personalausschuss)

Ansatz 2011: 0,5 Mio. €

Über die Umsetzung der Maßnahmen ist quartalsweise im Finanz- und Personalausschuss zu berichten.

2. **Dem Ansatz unter der lfd. Nr. 48 der Veränderungsliste (Eigenanteil Konjunkturpaket II) wird zugestimmt und folgende Erläuterung aufgenommen:**

**„Zweckgebundene Rückstellung für ausfallende Investitions-
pauschale**

(Refinanzierung des kommunalen Eigenanteils am Konjunkturpaket II ab 2012)“

3. **Den Ansätzen unter der lfd. Nr. 38 und 67 der Veränderungsliste (NKF-Sachkonto 53150060: Medienentwicklungsplan) wird zugestimmt; der Aufwandsansatz wird für gegenseitig deckungsfähig mit Aufwendungen für die Schulbausanierung erklärt.**

Die Verwaltung berichtet vor den Sommerferien im Finanz- und Personalausschuss über die Abwicklung des Medienentwicklungsplanes.

4. **Der Ansatz „Zuschüsse an Freie Träger “ (lfd. Nr. 190 der Veränderungsliste) wird in den Jahren 2009 - 2012 nicht um 73.800 € sondern lediglich um 1.000 € als kommunaler Anteil für den Mädchentreff erhöht.**

5. **Für den Kauf und die Sanierung von Gewerbebrachen wird im Haushaltsjahr 2009 ein kommunaler Eigenanteil von 1,0 Mio. € vorgesehen**

- einstimmig beschlossen -

Frau Schmidt begründet anschließend den Antrag der Ratsgruppe „Die Linke“. Insbesondere weist sie darauf hin, dass es sich bei der Nationalen Armutskonferenz um eine Vereinigung aller Wohlfahrtsverbände handele. Nach ihren Erkenntnissen würde die Befreiung von Inhabern/Inhaberinnen des Bielefeld-Passes von den Nutzungsgebühren der Stadtbibliothek für die Stadt Mindereinnahmen in Höhe von schätzungsweise 10.000 € bedeuten. Ihres Erachtens sei diese Haushaltsverschlechterung vertretbar, wenn dadurch erreicht werden könne, dass soziale Benachteiligungen verringert werden.

Herr Rees erklärt, dass mit dem Bielefeld-Pass zahlreiche Ermäßigungstatbestände verbunden seien und dass im Rahmen der Abschlussberatungen vom Finanz- und Personalausschuss keine Erweiterung dieser Tatbestände beschlossen werden könne. Er beantrage daher, den Antrag an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen. Soweit von dort eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen werde, könne der Finanz- und Personalausschuss über die finanziellen Auswirkungen beraten.

Beschluss:

Der Antrag der Ratsgruppe „Die Linke“, wonach Inhaber des Bielefeld-Passes von der Benutzungsgebühr der Stadtbibliothek befreit werden sollen, wird zur Beratung an den Sozial- und Gesundheitsausschuss verwiesen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

Beschlussfassung zum Haushalts- und Stellenplan 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Zu Punkt 14.1

Beschlussfassung zum Stellenplan

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss hat den Stellenplan 2009 in seinen Sitzungen am 23. und 24.02.2009 auf der Grundlage

1. der Ratsvorlage für die Sitzung am 20.11.2008, Drucks.-Nr. 6121/2004-2009 (Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie des Stellenplanentwurfes 2009 einschl. der Stellenübersichten für das Jahr 2009)
2. und der Veränderungsliste nach Feststellungsstück

beraten.

Er empfiehlt dem Rat, den Stellenplan 2009 auf dieser Grundlage zu verabschieden.

- einstimmig beschlossen –

Zu Punkt 14.2

Beschlussfassung zum Ergebnisplan 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, den Ergebnisplan 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012 zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14.3

Beschlussfassung zum Finanzplan 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, den Finanzplan 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012 zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14.4

Beschlussfassung zu den Zielen und Kennzahlen im Haushaltsplan 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, die Ziele und Kennzahlen im Haushaltsplan 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012 zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14.5

Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2009

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2009 lt. Anlage 6 zu diesem Protokoll zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

...

Rainer Lux